

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 27. October 1885.

№ 100.

Bauernfang.

„Eine dumpfe Reaction lastet auf der Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse.“ Diesen in gewisser Beziehung richtigen Ausdruck findet man in einem Wahlausruf des Allgemeinen Deutschen Bauernvereins, dessen Anführer Herr Wisser aus Windischholzhausen ist. Der Genannte hat sich ganz in den politischen Dienst Eugen Richters gestellt, dessen Schwager Parisius bei der Gründung des Vereins in Eisenach Pathe stehen mußte. Seit der Fortschritt in den Städten immer größere Rückschritte gemacht hat, versucht er es, die Bauern mit seiner Weisheit zu beglücken; wendet er sich doch überhaupt mit Vorliebe an die Unzufriedenen im Lande und haben doch auch die Bauern Grund genug, bessere Zustände für sich herbei zu wünschen. Trotzdem werden sie nur dem folgen, der Verständnis für ihre Lage besitzt, und da sich Niemand besser und klüger machen kann, als er ist, so hat es mit den fortschrittlichen Werbungen um die Gunst der Landbevölkerung gute Wege.

Die Thatsache, daß eine „Reaction“ auf der Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse lastet, erhält ihren ganz bestimmten Ausdruck u. A. in der Zahl der Substationen, die während der siebziger Jahre bis zu erschreckender Höhe stieg, in dem unverhältnißmäßig großen Procentsatz, den die Ackerbauer zu der Auswanderung stellen, und in den immer allgemeiner gewordenen Klagen über die Höhe der Verschuldung einerseits und über das Fallen der Getreidepreise in Folge der ausländischen Concurrnz andererseits. Meint das Wisser'sche Flugblatt etwa diese wirtschaftliche Reaction, an deren Beseitigung die Regierung im Bunde mit den conservativen Parteien, denen in diesem Falle auch das Centrum zur Seite steht, durch Aenderungen im Zwangsverfahren, Erhöhung der Getreidezölle, Förderung solider Creditinstitute, Beschneidung des Wuchers, Erleichterung der Steuerlast u. s. w. unausgesetzt arbeitet?

Weit gefehlt. Die Reaction gegen diese schon lange vorhandene Reaction wird von dem fortschrittlichen Allgemeinen deutschen Bauernverein nicht gebilligt, sondern bekämpft, und mit welchen — milde ausgedrückt — thörichten Mitteln!

Um nur einiges aus der Fülle von geschichtlicher und wirtschaftlicher Unkenntniß anzuführen, seien folgende Fragen jenes Flugblattes, welches doch wohl die Quintessenz der fortschrittlichen Weisheit enthält, hierhergesetzt:

„Sind nicht die Grundlagen der großen Entwicklung, welche durch die Reformen des Königs Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1808 zur Aufrichtung des darniederliegenden Staates für die bäuerliche Berufsschicht geschaffen wurden, durch die Ziele der heutigen Reaction gefährdet?“

Welcher denkende Mann erblickt nicht in den Bestrebungen, das Ackerbathsystem durch die Höferollen einzuführen und so das bestehende bäuerliche Erbrecht zu beseitigen, einen deutlich erkennbaren Verstoß gegen die durch die Reformen Friedrich Wilhelms III. angebahnte freie Theilbarkeit des Grundbesitzes?

Und ist diese Theilungsfreiheit des Grundbesitzes nicht unentbehrlich zur Raumbewinnung für die zahlreichen Glieder der bäuerlichen Berufsschicht, welche nach Selbständigkeit und Selbstthätigkeit ringen? Geht der Bauer etwa gern nach Amerika? Und doch muß er dahin, weil ihm daheim trotz des vorhandenen Raums die Selbstthätigkeit verwehrt ist.“

Die Gesetzgebung von 1808 und 1811 hat den Bauernstand aus den Banden der Hörigkeit befreit und vollkommene Freiheit für die Veräußerung, Theilbarkeit und Vererbung des Grundeigentums geschaffen. Febr. v. Stein, der große Reformator, den die Liberalen so gern und mit so viel Unrecht als einen der Ihrigen bezeichnen, erhob sehr bald warnend seine Stimme und prophezeite, daß der Bauernstand durch die doctrinäre Ideologie d. i. unfruchtbare und unpraktische Principienreiterei, zu Tage-

löhnern werde „theoretisirt“ werden. Er glaubte, daß ein tüchtiger Bauernstand dem Staate nur auf freier, aber untheilbarer Hufe erhalten bleiben könne und übergoß das „wahre demokratische Prinzip“ mit seinem Spott, das darin bestehe: „Die Armuth zwingt zu verkaufen; und der Reiche, Wucherer und Jude kauft zusammen und läßt durch Tagelöhner bauen.“

Die in verschiedenen Provinzen getroffene Einrichtung der Höferolle giebt aber — ohne Zwang — dem Bauer die Möglichkeit, seine Hufe ungetheilt zu vererben. Der Bauer geht nicht deshalb nach Amerika, weil ihm hier die Selbstthätigkeit verwehrt sei (welcher Bauer lacht die gescheuten Agitatoren, die das behaupten, nicht einfach aus!), sondern weil seine Einnahmen die Produktionskosten vielfach nicht decken und er die Gefahr vor Augen sieht, die vernünftigen Grenzen der Beleibarkeit seines vielleicht schon mit Erbtheilungsgeldern belasteten Gutes zu überschreiten und der Macht zukommender Geldleute, die auf Wechsel leihen, zu verfallen.

In den Bemühungen, diese Entwicklung aufzuhalten, erblickt das Flugblatt und mit ihm der ganze Freisinn das sicherste Zeichen einer Reaction der schlimmsten Art. Das Vertrauen in die Wirkung des Schlagwortes „Reaction“ scheint bei diesen Leuten, welche von der wirklichen Welt keine Notiz nehmen und sich mit bewunderungswürdiger Zuversicht nur in ihren eigenen Wahngelassen bewegen, nahezu unbegrenzt zu sein. Die Probe auf die Urtheilskraft und den natürlichen Verstand des deutschen Bauern, welche jetzt wieder bei den Landtagswahlen gemacht wird, wird aber zeigen, daß es nicht so leicht ist, wie unwissende Speculanten auf die Unzufriedenheit glauben, ihm ein X für ein U zu machen.

Die Landtagswahlen in Baden.

Dieser Tage haben im Großherzogthum Baden Neuwahlen für den Landtag stattgefunden, durch welche die zweite Kammer zur Hälfte zu erneuern war. Das Resultat derselben war, daß 22 nationalliberale, 5 clericale und 1 demokratischer Abgeordneter gewählt wurde, in zwei Wahlkreisen ist das Ergebnis noch nicht festgestellt. Die bisherige geringe nationalliberale Majorität von 36 unter 63 Mitgliedern ist dadurch auf 44 gestiegen: den Ultramontanen haben die Nationalliberalen 6 Sitze, den Demokraten und Deutsch-Freisinnigen je einen abgenommen.

Dieser Aufschwung des badischen Nationalliberalismus hat auch über die Grenzen des Großherzogthums hinaus seine Bedeutung. Baden ist die Wiege des sog. Heidelberger Nationalliberalismus, welcher im vorigen Jahre den Anstoß gab zu einer der Reichspolitik entschieden günstigeren Stellungnahme der gesammten nationalliberalen Partei und namentlich auch auf die norddeutschen Nationalliberalen seinen heilsamen Einfluß geltend machte. Der frühere Niedergang der Partei in Baden, welcher eine Zeit lang dem Ultramontanismus Oberwasser verschaffte, hatte seinen Grund unter Anderem in der Linksschwenkung des gesammten deutschen Liberalismus, welcher an den überkommenen wirtschaftspolitischen Traditionen festhielt und in der Abwehr von diesen „reactionäre“ Ziele erblickte, denen gegenüber er die sog. freiheitlichen politischen Ideale um so schärfer betonen zu müssen glaubte. Dem süddeutschen Liberalismus gingen zuerst die Augen auf: er erkannte seinen Irrthum und lenkte bei Zeiten in die Bahnen, welche ihn davor schützten, daß der productive Theil der Bevölkerung, der die Nothwendigkeit der Wirtschaftsreform empfand, ihn im Stich ließ. Als vor zwei Jahren die Nationalliberalen in der badischen zweiten Kammer einen kleinen Zuwachs erhielten, wußte man sofort, welchem Umstande er denselben zu verdanken hatte: er hatte sich den wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen

und ländlichen Bevölkerung zugänglich erwiesen und damit wieder das ehemals verloren gegangene Terrain erobert. Zu Anfang des Jahres 1884 traten die Nationalliberalen in der badischen Kammer bei der Budgetdebatte entschieden für die Grundsätze ein, die sie früher als mit dem Liberalismus unvereinbar bekämpft hatten; sie waren bekehrt und erkannten — so namentlich der Abgeordnete Kiefer — nunmehr die Vorzüge des Schutz-Zollsystems an und befürworteten sogar lebhaft, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kleinbäuerlichen Besitzer, die Erhöhung der Kornzölle. Diesem Umschwung folgte einige Wochen später die Heidelberger Erklärung, welche den Nationalliberalen die Unterstützung der Wirthschafts- und Socialpolitik der Reichsregierung zur Pflicht machte und damals um so größeren Wiederhall fand, als der radicale Liberalismus, welcher die Wirthschafts- und Socialpolitik in Bausch und Bogen verurtheilt, soeben seine definitive Trennung von dem gemäßigten Liberalismus vollzogen hatte.

Jetzt hat nun der badische Nationalliberalismus seinen Lohn erhalten: sein Wahlsieg zeigt, daß er mit seiner gemäßigten, für die nationalen und wirthschaftlichen Bedürfnisse des Volks eintretenden Politik sich neue Sympathien und Anerkennung verschafft hat.

Auf der anderen Seite ist der Rückgang des Ultramontanismus in Baden, der in wirthschaftlichen Fragen den Bedürfnissen des Volks volle Rechnung zu tragen pflegt, auch auf die zunehmende Beruhigung der Gemüther in kirchenpolitischen Fragen zurückzuführen. Die ultramontane Partei hat es weder an Anstrengungen bei den Wahlen, noch an Bemühungen zur Wiederbelebung des kirchlichen Streites fehlen lassen, und doch hat das Land, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln katholisch ist, jetzt nur noch eine verschwindende Zahl ultramontaner Abgeordneter gewählt. Ein Zeichen, daß die Parole: „Keine Versumpfung des Culturkampfes“, der freilich in Baden nicht die Rolle spielt wie in Preußen, nicht unter allen Umständen die beabsichtigte Wirkung hat.

Die Wahlen in Baden enthalten eine beherzigenswerthe Lehre auch für die entsprechenden Parteien in Preußen. Nur ein vollständiger Bruch mit den politischen und wirthschaftlichen Grundsätzen des Freisinnigen kann den preussischen Nationalliberalen förderlich sein, und die Ultramontanen haben in der Leidenschaft, mit der sie den kirchenpolitischen Kampf erneuern wollen, noch keineswegs eine genügende Bürgschaft dafür, daß die großen, der katholischen Kirche gewährten Wohlthaten und Erleichterungen an der Bevölkerung spurlos vorüber gegangen sind.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Der Direction der Diakonissen-Anstalt zu Kaiserswerth ist von dem Minister des Innern die Erlaubniß erteilt worden, zum Besten der genannten Anstalt im Laufe dieses Jahres eine Ausstellung beweglicher Gegenstände zu veranstalten und die zu derselben auszugehenden 13 000 Loose à 50 Pf. im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Das Gesetz vom 27. Juli cr. betreffend die Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten directen Communalabgaben (sog. Nothcommunalsteuergesetz) tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft. Seine Ausführung ist durch einen gemeinschaftlichen Erlaß des Ministers des Innern und des Ministers der Finanzen genauer bestimmt worden. Wir heben folgende Punkte hervor: Aus der Natur des Gesetzes als eines Nothgesetzes folgt zunächst, daß es keineswegs bestimmt ist, an Stelle der Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze zu treten, welche die Aufbringung der Gemeindebedürfnisse betreffen, sondern daß es nur in so weit Anwendung findet, als auf Grund dieser Vorschriften eine Erhebung von auf das Einkommen gelegten directen Gemeindeabgaben stattfindet oder noch eingeführt wird. Auf Zuschläge zur Staats-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, auf indirecte Gemeindesteuern, besondere Real- oder Personalabgaben, findet das Nothgesetz überhaupt keine Anwendung. Es regelt die Befugniß, Gemeindeeinkommensteuer zu erheben, für alle Gemeinden gleichmäßig. Da sich Zuschläge zur Klassen- und klassificirten Einkommensteuer als auf das Einkommen gelegte Communalabgaben charakterisiren, so findet das Gesetz auf sie Anwendung. Der § 1, der die Besteuerung der Erwerbsgesellschaften und juristischen Personen enthält, tritt nicht ipso jure in Kraft, sondern es bedarf eines hierauf gerichteten Gemeindebeschlusses. Infolge der durch das Gesetz eintretenden

Abänderungen der bestehenden Gemeinde-Einkommensteuer-Regulative empfiehlt sich die Aufstellung eines neuen Normal-Regulativs. Die Mittheilung eines solchen bleibt vorbehalten.

Politische Tagesfragen.

Prinz Albrecht von Preußen hat die Deputation des Braunschweigischen Landtages auf seinem Schloß Kamenz empfangen und auf die von dem Staatsminister Grafen Görz-Wrisberg wegen Uebernahme der Regentenschaft des Herzogthums an ihn gerichtete Bitte erwidert, daß er gern auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers die Wahl annehme, namentlich betonte er, wie sehr es ihn freue, daß die Wahl einstimmig von der Landesversammlung erfolgt sei. Prinz Albrecht ist am Montag in Berlin eingetroffen und sofort von Sr. Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen worden. Wie es heißt, dürfte der Einzug des Regenten in Braunschweig in ungefähr acht Tagen stattfinden.

Nach Mittheilungen verschiedener Blätter ist die Einberufung des Reichstages für Donnerstag, den 19. November in Aussicht genommen. Dem Bundesrath sind weitere Spezialetat für 1886/87 zugegangen, nämlich der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, für das Reichseisenbahnamt, für die Reichsdruckerei, für den Rechnungshof, für die Reichsjustizverwaltung und der für die Post- und Telegraphenverwaltung. In dem letzteren stellen sich die Gesamt-Einnahmen auf 180 300 820 M. um 10 075 020 M. mehr, als im laufenden Etat veranschlagt ist. Die fortdauernden Ausgaben beziffern sich auf 151 728 214 M., das sind um 8 466 408 M. höher, als im laufenden Etat, die einmaligen Ausgaben sind veranschlagt auf 4 835 215 M. um 314 843 M. höher. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 23 737 391 M., um 1 293 769 M. höher, als im laufenden Etat. — Unter den dauernden Ausgaben weisen die Positionen für Unterbeamte einige Aufbesserungen auf. Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich die Positionen für Herstellung neuer Dienstgebäude in Küstrin, Celle, Bingen, Kreuznach und Wismar, sowie für den Um- und Erweiterungsbau in Stettin, mit zusammen 536 850 M. als erste Baukosten, welche bereits für den laufenden Etat eingestellt, vom Reichstag aber abgelehnt worden waren. Die Wiedereinstellung wird damit motivirt, daß sich das Bedürfniß erheblich gesteigert und daß die Bauten ohne ernsthafte Gefährdung der Sicherheit des Betriebes, der Interessen des Publicums und der Gesundheit der Beamten nicht mehr verschoben werden können.

„Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch die Regierung“ bildet ein stehendes Thema der fortschrittlich-freisinnigen Partei vor und nach den Wahlen, namentlich, wenn letztere zu ihren Ungunsten ausgefallen sind. Wie herrlich weit wir es mit der Freiheit bringen würden, wenn jene Partei am Ruder wäre, weiß man aus den Maßregelungen von Lehrern und Beamten durch fortschrittliche Magistrate, weiß man aus dem fortschrittlichen Programm vom 6. Juni 1861, in welchem es wörtlich hieß: „Für unsere inneren Einrichtungen verlangen wir eine feste liberale Regierung, welche ihre Stärke in der Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sieht, es versteht, ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt unnachlässig Geltung zu verschaffen.“ Auch die republikanischen Institutionen, das Ideal der Freisinnigen, scheinen mit der Freiheit und namentlich der Wahlfreiheit völlig unverträglich zu sein. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht eine Mittheilung aus Paris, 24. October, welche lautet: „Der Minister des Auswärtigen hat das Gehalt von zwei in Disponibilität befindlichen Gesandten zurückgezogen, weil dieselben das Wahlmanifest der Conservativen unterzeichnet haben; die anderen Minister werden gleichfalls mit Strenge gegen diejenigen Beamten einschreiten, die sich ein ähnliches pflichtwidriges Verhalten haben zu Schulden kommen lassen.“

Bei uns sind dergleichen Maßregeln noch nicht vorgekommen, — geschähe es, dann würde ein wahrer Sturm von Entrüstung entfesselt werden. Wenn so etwas die Republik thut, dann ist das „ganz in der Ordnung“, aber wenn bei uns ein Bürgermeister nicht die Bestätigung der Regierung erhält, dann werden die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und wird darin das krasseste Zeichen von „Reaction“ erblickt. Oder leidet etwa die stark links republikanische Regierung in Frankreich auch an „Reaction?“

Wie die mißliche Lage der Landwirthschaft nicht sowohl in einer Reihe schlechter Ernten, als in anderen dauernden Mißständen ihren Grund hat, so tragen gute Ernten auch nur zur Linderung, nicht Beseitigung des Uebels bei. So kann, wie uns aus dem Erfurter Bezirke geschrieben wird, ungeachtet des günstigen Ernteaufalles bei dem andauernd niedrigen Stande der Getreide-, Woll-, Vieh- und Zuckerpreise von einer Hebung des Wohlstandes der Landwirthschaft nicht die Rede sein, vielmehr ist leider ein Rückgang in den finanziellen Verhältnissen der

Grundbesitzer und Pächter festzustellen. Selbst bei den steigenden Preisen wird die Vermögenslage nicht so bald wesentlich gebessert werden, weil die bisher erlittenen Verluste zu erhebliche sind. — Dem Arbeiter kommt besonders der günstige Ausfall der Kartoffelernte sehr zu statten, namentlich da auch die Löhne eher eine Steigerung als eine Herabsetzung erfahren haben.

Ueber die industriellen Verhältnisse im Reg.-Bez. Erfurt werden uns folgende Mittheilungen gemacht: Die Jagdgewehrfabrikation in Suhl leidet unter dem Druck der auswärtigen Concurrenz, welche, begünstigt durch niedrige Zölle, den deutschen Markt mit zumeist billigen, aber entsprechend schlechten Erzeugnissen überschwemmt. In den Porzellanfabriken zu Suhl und Schleusingen hat sich in Folge der höheren nordamerikanischen Einfuhrzölle die Production etwas verringert. Ebenso sind wegen Ueberproduction die Preise für Glasinstrumente erheblich herabgegangen, so daß die Fabriken in Stützerbach und Schmiedefeld genöthigt sind, nur um ihre Arbeiter zu beschäftigen, in Ermangelung genügender Aufträge auf Lager zu arbeiten. Besonders ist der Absatz in Nordamerika und England dadurch beschränkt, daß deutsche Arbeiter dorthin verzogen sind, mit deren Hilfe diese Länder jetzt selbst arbeiten. Das Geschäft in Kammgarnen hat sich im letzten Halbjahr in Folge des Umschwungs der Mode ungünstig gestaltet, die Nachfrage nach den feinen Gespinnsten fehlt, es werden mehr die englischen sog. harten Garne, zu denen England selbst das Rohmaterial liefert, verwendet. Der Absatz und die Beschäftigung in der Weberei, namentlich auch in der Handweberei, sind im Allgemeinen befriedigend. Für die Hausweberei hat es sich sehr nachtheilig fühlbar gemacht, daß die Stockung, welche alljährlich im Frühjahr und Herbst nach Ablieferung der Sommer- bezw. Winterstoffe einzutreten pflegt, in diesem Jahre vielfach schon 4 Wochen früher als sonst eingetreten ist, wodurch viele Weber außer Beschäftigung gerathen sind. Die Lage der Mühlenindustrie ist fortdauernd eine gedrückte. Die Fabrikation von Essigsprit, Mostich, Lampen und Blechwaaren wird mit gutem Erfolg betrieben, ebenso die Ziegelfabrikation, die reichlichen Absatz findet. Die Malzfabriken machen trotz vermehrter Production gute Geschäfte, Färbereien und Appreturanstalten sind ebenfalls gut beschäftigt, während Gerbereien und Seimfiedereien darniederliegen.

Als ein bedenklicher Gewerbetrieb werden die in Ikehoe von gewissen Hamburger Geschäftsleuten begründeten Bankfilialen angesehen, welche die Marschbauern zu sehr gewagten Börsenspeculationen zu veranlassen suchen und vielfach auch wirklich veranlassen. Ein Fall, in welchem ein sehr wohlhabender Hofbesitzer sich vollständig ruinirt hat und ein Vermögen von 500 000 M. verloren haben soll, hat den Landrath in Ikehoe bestimmt, öffentliche Warnungen ergehen zu lassen.

Nach der Meldung ultramontaner Blätter soll die vaticanische Note in der Carolinenfrage bereits fertiggestellt sein. Die jüngste deutsche Note vom 1. October, welche in Madrid am 10. d. M. überreicht wurde, ist unterm 12. October von dem spanischen Minister des Aeußeren, Ebuquen, wie aus Madrid gemeldet wird, beantwortet worden. Es wird darin ausgeführt, Spanien halte die Ansprüche Deutschlands hinsichtlich der Carolinen nicht für begründet; es müßte denn eine neue Conferenz zusammentreten, um, analog den Bestimmungen der General-

acte der Berliner Conferenz, Bestimmungen für die ozeanischen Gebiete zu treffen. So lange dies nicht geschehe, halte Spanien seine Souverainetät auf den Carolinen- und Palaoz-Inseln im Prinzipie aufrecht, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des alten internationalen Rechts, das bis jetzt nicht aufgehoben sei.

In Hamburg sind mit der china-indischen Post briefliche, bis zum 30. August reichende Nachrichten von der Insel Jap angekommen, welche die Vorgänge der Besitzergreifung wie folgt schildern.

Am 21./22. August zeigten sich vor Jap die beiden spanischen Transportschiffe „San Quintin“ und „Corriedo“ und es verlautete bald gerüchtweise, dieselben hätten den Auftrag, die Carolineninseln für Spanien zu annectiren. An Bord eines dieser Schiffe befand sich auch ein noch im jugendlichen Alter stehender Lieutenant, Don Enrique Capriles y Ofunea, der zum Gouverneur der Carolinen ausersehen sein sollte. Bis zum 25. August wurde außer einigen Besitzergreifungen von den Schiffen nichts unternommen; an diesem Tage Abends wurden einige Pferde, Ziegen u. gelandet, auch einige Missionare ausgesandt, die aber von den Eingeborenen mit Mißtrauen empfangen wurden. Weiter war nichts geschehen, woraus man auf eine Besitzergreifung hätte schließen können. Am 25. August, Nachmittags 5 Uhr, kam das deutsche Kanonenboot „Itlis“ vor Jap an und beilte, als ihm die Spanier in Sicht kamen, sein Einlaufen, so daß es um 6 1/2 Uhr den Hafen erreichte. Sofort wurde eine Abtheilung der Mannschaft gelandet und um 7 Uhr wurde auf der Factorie von Robertson und Hertsheim feierlich die deutsche Flagge gehißt und alle Inseln zwischen dem Aequator und dem 11° nördl. B. sowie zwischen dem 133. und 164° östl. L. unter deutschen Schutz gestellt, wovon dem Kommandanten der beiden spanischen Schiffe sofort officiell Anzeige gemacht wurde. Die Spanier erklärten auf die Bekanntgabe der Besitzergreifung, sie hätten hierzu ebenfalls die Absicht gehabt, aber erst am 28. August Morgens, nachdem ein für die Ceremonie nöthiger Altar fertiggestellt sei. Jrgend eine spanische Flagge auf dem Lande ist bis zum 25. August Abends nach eidlich zu erhärtender Angabe der auf Jap befindlichen Europäer nicht zu sehen gewesen. Am Morgen nach der Besitzergreifung seitens Deutschlands, also am 26. August, erschien allerdings auf dem Platze, wo die Spanier ihren Regierungspalast erbauen wollten, eine Flaggenstange mit spanischer Fahne, dieselbe wurde aber, als die Deutschen sich hierauf nicht einlassen wollten, wieder heruntergeholt, alle an Land befindlichen Sachen wurden wieder an Bord der beiden spanischen Schiffe geholt, und am 28. August ging der „San Quintin“ nach Manila zur Berichterstattung und Instruktionseinholung ab. Nachdem der „Itlis“ Kohlen aufgefüllt, lichtete er am 30. August ebenfalls die Anker mit der Bestimmung nach Manilla, zu demselben Zwecke wie der „San Quintin.“

Personalien.

Regierungsrath Cleve in Düsseldorf ist zum Oberregierungsrath ernannt worden.